

[www.bdm-verband.de](http://www.bdm-verband.de) Januar 2016

### **Wahlprüfsteine Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2016**

Wir, die Milchviehhalter in Rheinland-Pfalz, haben an die Politik wichtige Zukunftsfragen. Wir sehen mit der Landtagswahl Möglichkeiten zur Weichenstellung für die Zukunft unseres Landes. Die Bundesländer haben über den Bundesrat große Verantwortung, sich aktiv in die Gestaltung der deutschen und europäischen Agrarpolitik einzubringen. Es geht um eine wirtschaftlich nachhaltige Landwirtschaft, die Zukunft der ländlichen Räume, die Schaffung von Wertschöpfung und den Erhalt von vielen Arbeitsplätzen. Wir erwarten ehrliche Antworten aller Parteien, weil die Zukunft der Milch uns alle angeht!

#### **I. Milchmarkt – Gemeinsame Marktordnung**

Der Milchmarkt befindet sich in einer immensen Krisensituation. Zum dritten Mal innerhalb von sechs Jahren sind die Milchviehhalter, wie auch andere Tierhaltungssparten, auf staatliche Hilfspakete und die Gewährung neuerlicher Liquiditätsdarlehen angewiesen. Durch den Milcherzeugerpreisrückgang auf deutlich unter 30 Cent je Kilogramm entstehen Verluste, die sich in 2015 alleine für Rheinland-Pfalz auf mindestens 110 Mio. Euro, europaweit auf rund 20 Milliarden Euro, summieren werden.

Ursächlich für diese neuerliche Milchmarktkrise ist vor allem die Ausweitung unserer EU-Milchproduktion. In 2014 wurden in der EU über 6 Mio. Tonnen mehr Milch produziert und 2015 dürfte eine Steigerung von mehr als 2 Mio. Tonnen zustande kommen. Damit wird der globale Milchmarkt trotz einer kontinuierlich vorhandenen Nachfragesteigerung sozusagen geflutet.

Bestätigt hat sich die seit langem angenommene Annahme, dass das bestehende Sicherheitsnetz für den EU-Milchmarkt nicht in der Lage ist, diesen krisenhaften Entwicklungen gegen zu steuern.

#### **Fragen:**

1. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den EU-Milchmarkt wieder in ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu bringen und damit zur umgehenden Behebung der Milchmarktkrise beizutragen?

Die Milchviehhaltung ist für viele rheinland-pfälzische Regionen nicht nur landschaftsprägend, sondern auch ein wichtiger ökonomischer Faktor. Wir GRÜNE wollen in Rheinland-Pfalz eine bäuerliche, nachhaltige und tiergerechte Milcherzeugung erhalten, die den Betrieben ein tragfähiges Einkommen gewährleistet, für die Verbraucherinnen und Verbraucher eine gute Qualität bietet und zum Erhalt unserer vielfältigen Kulturlandschaft beiträgt. Die einseitig auf Exporte und Großbetriebe ausgerichtete Milchpolitik muss beendet werden. Wir brauchen den Ausbau der EU-Marktbeobachtungsstelle zu einem echten Frühwarnsystem, um Milchmarktkrisen rechtzeitig zu erkennen und. Die Bundesregierung ist der Aufforderung der Agrarministerkonferenz, diese Weiterentwicklung auf EU-Ebene zu forcieren, bislang jedoch nicht nachgekommen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns zudem für Kriseninstrumente zur freiwilligen Mengenreduzierung bei Überproduktion und Preisverfall ein. Im Rahmen der Landeskompetenzen stärken wir Milchviehbetriebe zusätzlich durch Agrarumweltprogramme wie die Grünland- und Weideprogramme und

indem wir die regionale Verarbeitung der Rohmilch fördern.

2. Der BDM e. V. hat mit dem Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept einen Vorschlag zur Verhinderung dieser sich regelmäßig wiederholenden, massiven Milchmarktkrisen vorgelegt. Dieser wird auf europäischer Ebene vom European Milk Board mitgetragen und eingefordert. Darin werden bestehende Instrumente des EU-Sicherheitsnetzes mit Instrumenten, die in der Lage wären, zeitlich befristet auf die EU-Milchmengenentwicklung Einfluss zu nehmen, kombiniert. Wie steht Ihre Partei im Fall schwerer Marktkrisen zu Überlegungen, die Angebotsmenge mit zeitlich befristeten Marktmaßnahmen an die reale Nachfrage anzupassen?

Wir sehen für den EU-Milchmarkt einen dringenden politischen Handlungsbedarf und begrüßen das Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept des BDM als eine wichtige Handlungsempfehlung. Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken hat in den Agrarministerkonferenzen vehement und kontinuierlich für neue Kriseninstrumente geworben, die bei der Überproduktion als Hauptursache ansetzen. Wir GRÜNE werden uns auch weiterhin intensiv darum bemühen, auf Bundesebene und in der EU Mehrheiten für eine flexible Milchmengensteuerung in Krisenzeiten zu organisieren.

3. Die EU-Kommission geht laut einer kürzlich veröffentlichten Verlautbarung von einem möglichen Milchpreisniveau zwischen 32 und 34 Cent bis 2020 aus. Erst danach könnte sich ein Milcherzeugerpreis von über 35 Cent je Kilogramm einstellen. Sieht Ihre Partei ein solches Milchpreisniveau für realistisch und ausreichend an, die Milchviehhaltung in unserem Bundesland zu halten?

Nein. Ein Milchpreis zwischen 32 und 34 Cent ist nicht ausreichend und wird die flächendeckende Milchviehhaltung im Land nicht erhalten.

4. Laut den Ergebnissen der Sektoruntersuchung Milch des Bundeskartellamts besteht ein markantes Marktmachtgefälle zu Ungunsten der Milchviehhalter, besonders im genossenschaftlichen Bereich. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie diesem untragbaren Zustand abgeholfen werden kann?

Die Idee der Genossenschaften halten wir GRÜNE grundsätzlich für eine gute Form der Unternehmensorganisation – gerade auch für die GenossInnen. Wir sehen aber auch, dass in sehr großen Genossenschaften und insbesondere auch in der Lebensmittelbranche eher die Gewinninteressen einiger Weniger und nicht die Interessen aller GenossInnen im Vordergrund stehen und dass die möglichen Formen der Mitbestimmung durch die GenossInnen in der Praxis an ihre Grenzen geraten. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Lieferbeziehungen zwischen Milcherzeugern und Molkereien mit dem Ziel einer Stärkung der Marktstellung der Erzeuger überprüft werden, Insbesondere sollte auch die Andienungspflicht sowie die nachträgliche Festsetzung der Auszahlungspreise auf den Prüfstand.. Außerdem wollen wir alternative Vermarktungswege stärken.Im Rahmen der EU-Förderprogramme und der knappen Haushaltslage werden wir weiterhin Erzeugergemeinschaften, die ökologische Erzeugung und die regionale Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten fördern. Ein wachsender Teil der Bevölkerung kauft gezielt Lebensmittel aus der Region, die aus einer tierfreundlichen Haltung stammen, die kein Gentechnik-Futter enthalten oder aus zertifiziert ökologischer Landwirtschaft stammen. Sie sind auch bereit mit einem höheren Preis die lokale Landwirtschaft zu unterstützen. Hier liegt ein großes Win-Win-Potential für Milchviehbetriebe und umweltbewusste VerbraucherInnen.

## II. Gemeinsame EU-Agrarpolitik - Halbzeitbewertung 2017

Mit den Beschlüssen zur GAP 2013 wurden verschiedene Möglichkeiten geschaffen, die Verteilung und Bezahlung der Agrargelder auf nationaler Ebene umzustellen. Begonnen hat auch schon die Debatte um die Gestaltung der GAP ab 2020.

### Fragen:

1. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?

Die GRÜNE Maxime für die EU-Agrarförderung lautet „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“. Pauschale Betriebsprämien nach dem Gießkannenprinzip lehnen wir ab. Da in Deutschland eine Degression bei den Direktzahlungen politisch nicht durchsetzbar war, haben sich die GRÜNEN AgrarministerInnen erfolgreich dafür eingesetzt, dass die ersten 50 Hektare eine höhere Prämie erhalten als die folgenden. Die größeren Betriebe profitieren ohnehin von den Skaleneffekten und brauchen dafür keine Förderung. Damit sind wir unserem Ziel, dem Erhalt und der Förderung der mittelständischen bäuerlichen Landwirtschaft, ein Stück näher gekommen. Im relativ kleinstrukturierten Rheinland-Pfalz kommt die neue Regelung 92% der Betriebe zu gute.

2. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?

Wir wollen die Agrarfördermittel der EU deutlich stärker qualifizieren und damit auf freiwilliger Basis erbrachte weitergehende Tier-, Umwelt- und Naturschutzleistungen der LandwirtInnen stärker honorieren. Die Möglichkeit der EU 15% der nationalen Budgets aus der 1. in die 2. Säule umzuschichten, ist aus GRÜNER Sicht ein Schritt in die richtige Richtung. Leider konnten sich Bund und Länder in einem hart umkämpften Kompromiss nur auf eine Umschichtung von 4,5% der Gelder einigen. Deutschland schafft damit nicht mal den halben Schritt.

Für Rheinland-Pfalz bedeutet das, dass in den Jahren 2016 – 2020 jährlich rund 8,2 Millionen Euro mehr in der 2. Säule für eine regional verankerte, nachhaltige und multifunktionale bäuerliche Landwirtschaft und für den ländlichen Raum zur Verfügung stehen. Aufgrund von Kürzungen der EU beziehungsweise dem Verhandlungsergebnis der Bundesregierung bleibt das rheinland-pfälzische Budget für die Förderung der ländlichen Entwicklung nur dank der Umschichtung in etwa auf dem Niveau der vorherigen Förderperiode.

Im Rahmen der 2017 anstehenden Halbzeitbewertung der Agrarreform wollen wir uns dafür einsetzen, dass Deutschland deutlich mehr der Direktzahlungen zugunsten einer umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft sowie der ländlichen Entwicklung umschichtet ohne dabei die notwendige einkommensstabilisierende Wirkung der Direktzahlungen insbesondere für die Milcherzeugerbetriebe außer Acht zu lassen.

3. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen die Bezahlung der Direktzahlungen ab 2020 noch stärker an gesellschaftlich für notwendig erachtete Leistungen der Landwirtschaft zu binden?

Wie schon in Frage II.1. erläutert, wollen wir gesellschaftliche Leistungen der Landwirtschaft stärker fördern. Wir verstehen das zum Einen als eine Art Aufwandsentschädigung für die LandwirtInnen und zum Anderen als ein

Anreizinstrument für die schrittweise Agrarwende gemeinsam mit den LandwirtInnen. Wir GRÜNE finden, dass wir die Landwirtschaft nicht mit den großen künftigen Herausforderungen Klimaschutz, Artenvielfalt, Tier- und Ressourcenschutz, ländliche Entwicklung und Demographie allein stehen lassen können. Deswegen werden wir nun genau schauen, in wie weit die jetzigen Förderprogramme diesem Ziel entsprechen und diese dann in den kommenden Jahren stetig nachbessern und schärfen.

4. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen, dabei auch den Faktor Arbeitskraft stärker mit zu berücksichtigen?

Das sogenannte AK-Modell ist aus unserer Sicht politisch nicht (mehr) durchsetzbar. Nichtsdestotrotz müssen die mittelständischen bäuerlichen Betriebe in Zukunft stärker in den Fokus der Agrarförderung rücken, zum Beispiel durch eine Kappung der Direktzahlungen wie es Österreich aktuell umsetzt. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass dies bereits im Rahmen der in 2017 anstehenden Halbzeitbewertung in Deutschland diskutiert wird.

### **III. Freihandelsabkommen (Ceta, TTIP u.a.)**

Der Export von Milchprodukten ist zu einem wichtigen Bestandteil des EU-Milchmarktes geworden. Durch die geplanten bzw. noch zu ratifizierenden Freihandelsabkommen sehen Befürworter zunehmende Marktpotentiale von EU-Milchprodukten als große Chance für die EU-Milchviehhalter.

#### **Fragen:**

1. Wie steht Ihre Partei zu geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA bzw. auch mit anderen Ländern, welche realistischen Chancen für mehr Marktpotential sieht Ihre Partei dadurch tatsächlich?

Wir GRÜNE stehen dem Freihandel prinzipiell offen gegenüber, aber eben nicht um jeden Preis. Denn Freihandelsabkommen müssen nach unserem Verständnis demokratisch und transparent ausgehandelt werden. Gleichzeitig dürfen sie die Errungenschaften der Demokratie nicht aushöhlen und auch nicht zu einem Absenken wichtiger Standards, etwa in den Bereichen Umwelt, Arbeits- und Verbraucherschutz, führen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir das endverhandelte Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) ebenso wie das derzeit geplante Abkommen mit den USA (TTIP) ab. Denn wir GRÜNE haben immer deutlich gemacht, dass es derart undemokratisch verhandelte Freihandelsabkommen, die die Standards in Europa und unsere Demokratie zugunsten einiger weniger Konzerne aufweichen, mit uns nicht geben wird.

2. Kann sich Ihre Partei vorstellen, die Landwirtschaft aus den jeweiligen Verhandlungen auszuklammern?

Ein Gutachten im Auftrag des Agrarausschusses des Europäischen Parlamentes hat ergeben, dass mit der Verabschiedung von TTIP längerfristig für die EU-Agrarwirtschaft sogar ein leichtes Wirtschaftsminus und für die amerikanische Agrarwirtschaft ein minimales Wirtschaftswachstum zu erwarten sind. Wir sind nicht bereit, dafür über Chlorhühnchen, Gentechnik, den Verlust von Regionalmarken und andere agrarindustriellen Interessen zu diskutieren. Die Gewährleistung der lokalen Nahrungsgrundversorgung und das Vorsorgeprinzip im Verbraucherschutz sind für uns GRÜNE nicht verhandelbar.

#### **IV. Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene**

Die EU räumt den Mitgliedsländern einen immer größer werdenden Spielraum bei der nationalen Umsetzung der EU-Beschlüsse ein. Des Weiteren wird durch die Gestaltung von Verordnungen „Agrarpolitik“ gemacht, die nicht unerheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation unserer Betriebe haben können.

##### **Fragen:**

1. Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?

Die Novellierung der Düngeverordnung (DüV) ist notwendig, um die wichtigen Ziele der EU-Nitratrichtlinie zum Wasserschutz zu erreichen und die Qualität des Trinkwassers, unseres Lebensmittel Nr. 1, zu sichern. Die EU hat sogar ein Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelnder Umsetzung der EU-Nitrat-Richtlinie eingeleitet. Aus GRÜNER Sicht muss die Düngeverordnung mit der Zielsetzung überarbeitet werden, einerseits in Gebieten mit einer besonderen Gefährdungslage hinsichtlich der Nitratbelastung eine wirksame Reduzierung der Einträge zu erreichen und andererseits eine Überregulierung von landwirtschaftlichen Betrieben insbesondere in Regionen ohne Nitratprobleme zu vermeiden. Bei der laufenden Diskussion zur Düngeverordnung werden wir uns weiterhin für mehr Gewässerschutz und die Interessen der bäuerlichen Betriebe einsetzen.

2. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, beim Kennzeichnungsrecht, insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?

Ja, denn immer mehr Menschen wollen regional produzierte Lebensmittel kaufen. Der Verzicht auf lange Transportwege senkt den Ausstoß von Treibhausgasen und die Wertschöpfung vor Ort wird gestärkt. Wir wollen deshalb regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen ausbauen und fördern. Dazu brauchen wir eine verlässliche und klar zu erkennende Kennzeichnung regionaler Produkte.

3. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft stellte Handlungsbedarf bei der Nutztierhaltung fest. Sieht Ihre Partei Handlungsbedarf im Sinne des Gutachtens, wenn ja, welche Vorstellungen zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltungssysteme hat Ihre Partei?

Ja, wir sehen einen Handlungsbedarf für mehr Tierschutz bei bestimmten Nutztierhaltungsformen. Um die Finanzierung des Umbaus der Tierhaltungssysteme sicherzustellen braucht es ein umfangreiches Maßnahmenpaket. Die öffentliche Förderung für Forschung und Umsetzung von tierfreundlichen Maßnahmen in der Haltung muss deutlich gestärkt werden. Landwirtschaftliche Betriebe, die Haltungssysteme neu oder umbauen, müssen über die Agrarinvestitionsförderung Unterstützung erhalten. Zudem sollte vor dem Hintergrund des sehr unterschiedlichen Tierschutzniveaus in der EU auch über Tierwohlzahlungen im Rahmen der GAP nachgedacht werden, wenn einzelne Mitgliedsstaaten oder Betriebe deutlich über die Mindeststandards hinaus gehen. Auch VerbraucherInnen und Handel müssen ihren Beitrag zur Finanzierung von mehr Tierwohl leisten. Dazu ist eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung für alle tierischen Erzeugnisse notwendig, denn das Beispiel Eierkennzeichnung zeigt, dass VerbraucherInnen durchaus bereit sind, für tiergerechter erzeugte Produkte mehr Geld auszugeben,

wenn sie diese erkennen können. .

Bild von einem Fachgespräch der BTF

